

Amts- und Anzeigebblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Tageblatt für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel, Neuheide, Oberkühngrün, Schönheide, Schönheiderhammer, Soja, Unterstützengrün, Wildenthal usw.

Anzeigenpreis: die kleinpaltige Zeile 20 W. Im Restmetall die Zeile 20 W. Im amtlichen Teile die gespaltene Zeile 20 W. Annahme der Anzeigen bis spätestens sonntags 10 Uhr, für größere Tage vorher. Eine Gewähr für die Aufnahme der Anzeigen am nächsten oder am vorgeschriebenen Tage sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben, ebensowenig für die Richtigkeit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen.

Verlagspreis vierteljährlich 1.20 W. — einschließl. des „Amts- und Anzeigebblattes“ in der Geschäftsstelle, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten. — Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag.

Verantwortl. Schriftleiter, Drucker und Verleger: **Emil Hanneböhln** in Eibenstock. 66. Jahrgang. **Freitag, den 7. März 1919.** Nr. 55. **1919.**

Nach einer der Waffenstillstandskommission in Spaa übermittelten Note hat sich der Oberkommissar der französischen Republik in Straßburg damit einverstanden erklärt, daß die Papiere der deutschen Studenten der Straßburger Universität zurückgegeben werden. Die ehemaligen deutschen Studierenden der Universität Straßburg aus dem freistaatlichen Sachsen werden deshalb aufgefordert, dem unterzeichneten Ministerium bis spätestens zum 14. März dieses Jahres anzugeben, wann sie in Straßburg studiert und welche Papiere sie dort zurückgelassen haben.

Dresden, den 3. März 1919. 345 A
Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts. 2387

Ausgabe der Brotmarken
Freitag, den 7. März 1919
In nachstehender Nummernfolge der an der Ausgabestelle vorzulegenden Ausweishefte:

vorm. von 8-9 Uhr Nr. 1-300, nachm. von 2-3 Uhr Nr. 1201-1500,
" " 9-10 " " 301-600, " " 3-4 " " 1501-1800,
" " 10-11 " " 601-900, " " 4-5 " " 1801 u. höh. Nrn.
" " 11-12 " " 901-1200,
Die empfangenen Marken sind an der Ausgabestelle sofort nachzu-
prüfen. Nachträgliche Beanstandungen müssen abgetwiefen werden.
Eibenstock, den 6. März 1919. Der Stadtrat.

Ausgabe von Strickgarnen
Freitag, den 7. d. Mts., I.-R.,
Sonnabend, " 8. " " S.,
Montag, " 10. " " T.-Z.,
Dienstag, " 11. " " A.-G.,
Mittwoch, " 12. " " H., I., K.
Die Garne werden nur an Erwachsene ausgegeben.
Eibenstock, den 6. März 1919. Der Stadtrat.

Der Anschluß Deutsch-Oesterreichs.

Ein Staatsvertrag geplant.

Mit Ermächtigung der beiderseitigen Kabinette haben in Weimar Besprechungen des deutsch-österreichischen Staatssekretärs für Aeußeres, Bauer, mit dem Reichspräsidenten und mit Mitgliedern der deutschen Reichsregierung über den von beiden Seiten angestrebten Zusammenschluß Deutsch-Oesterreichs mit dem deutschen Reiche stattgefunden. Die politische Aussprache wurde in Berlin mit dem Reichsminister Graf Brockdorff-Rantzau fortgesetzt und abgeschlossen. Sodann trat man unter seinem Vorsitz in kommissarische Verhandlungen über Einzelfragen ein.

Der Zusammenschluß soll sich nach Mitteilungen der „Deutsch. Allg. Ztg.“ nach Abschluß der Verhandlungen über die Einzelfragen, durch einen Staatsvertrag vollziehen, der den beiden Nationalversammlungen zur Genehmigung vorzulegen wäre. Nach Ratifikation des Vertrages soll die Durchführung des Zusammenschlusses durch Reichsgesetze erfolgen, bei deren Beratung und Verabschiedung deutsch-österreichische Vertreter in den gesetzgebenden Körperschaften des Deutschen Reiches bereits mitwirken würden.

In handelspolitischer Beziehung wurden in erster Linie die Uebergangsbestimmungen beim Eintritt Deutsch-Oesterreichs in das Zollgesetz erörtert und dabei besonderes Gewicht auf die Ausgleiche der Produktionsbedingungen gelegt. Eingehende Erörterung fanden auch verschiedene Fragen des Eisenbahnwesens und der Binnenschifffahrt, insbesondere jene der Donau-Rheinverbindung.

Die Bedingungen für den Uebergang Deutsch-Oesterreichs zur Marktwährung wurden sorgfältig geprüft und die unmittelbaren Vorfragen für die nächste Zukunft vereinbart. Bei Erörterung der staatsfinanziellen Fragen wurde einvernehmlich der Grundsatz festgelegt, daß jeder der beiden Teile die Vergütung von Kriegsschäden an die Kriegsgegner gesondert zu tragen hätte. Weiter beschäftigten sich die Verhandlungen mit der Ausgleichung verschiedener Rechtsgebiete, der sozialen Gesetzgebung und des Unterrichtswesens.

Endlich wurde die künftige Stellung der Stadt Wien, die den Rang einer zweiten Reichshauptstadt erhalten soll, besprochen und hierbei von den Vertretern des Reichs weitgehendes Entgegenkommen zugesagt.

Die Aussprache führte zur Einigung in den grundsätzlichen Fragen und zur Feststellung des weiteren formellen Vorganges durch Verhandlungen in paritätischen Sachkommissionen.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Zur Lebensmittelpflicht liegen heute folgende Meldungen aus England und Amerika vor: Dem „Telegraph“ zufolge erklärte Churchill im Unterhaus, daß die Zeit gekommen sei, um Deutschland die Friedensbedingungen schleunigst aufzuerlegen. Nachdem diese Bedingungen angenommen

worden seien, könne mit der Versorgung Deutschlands begonnen werden. — Wilson ernannte Hoover zum Generaldirektor des amerikanisch-europäischen Hilfswerkes zur Linderung der Hungersnot. Hoover wird die Vollmacht für die dringende Versorgung mit Lebensmitteln besitzen und ihren Transport, ihre Verteilung und Verwertung regeln.

Die Strafe der Entente für den Streik. Die deutsche Waffenstillstandskommission teilt mit: Infolge des dauernden Streiks und der inneren Unruhen in Deutschland ist trotz aller gegenseitigen Bemühungen eine erhebliche Verzögerung in der Abgabe der landwirtschaftlichen Rohstoffe an die Alliierten eingetreten. General Rubant will sich infolgedessen alles vorbehalten, was als Strafe für die verzögerte Abgabe des landwirtschaftlichen Materials der deutschen Bevölkerung auferlegt werden könne. Demgegenüber wies der Vorsitzende der deutschen Kommission darauf hin, daß die deutsche Regierung alles tut, um die Ablieferungen durchzuführen.

Hindenburg über die Bolschewistengefahr. Ueber die bolschewistische Gefahr im Osten sind in letzter Zeit gerade aus den Kreisen des Großen Hauptquartiers in Kolberg verschiedentlich ernste Mahnungen an das deutsche Volk gelangt. Jetzt hat Generalfeldmarschall von Hindenburg der „D. A. Z.“ zufolge selbst die Lage für so ernst bezeichnet, daß jeder, ob Soldat oder Bürger, gegen die Gefahr von Osten noch einmal Haus, Herd und Familie verteidigen müsse und erklärt, daß er trotz seiner 72 Jahre und seines Ruhebedürfnisses weiter auf seinem Posten aushalten will, weil man es tun müsse, um des Beispiels willen. Den polnischen Truppen, die sich östlich von Nowo an unseren Grenzschutz anschließen, traue niemand größere Widerstandskraft zu, jedoch dort eine Flankengefahr sehr schnell möglich ist, zumal die Zusammenarbeit zwischen Posen und Warschau recht mangelhaft zu sein scheint und sich augenblicklich neue Zusammenstöße zwischen Polen und Tschechen in Schlesien vorbereiten. Die Hoffnung des Verbandes, durch unsere Wehrlosmachung diese Gebiete den Polen zuzuführen zu können, sei falsch. „Das Land wird uns gehören oder den Bolschewiki, keinem dritten“, äußerte Hindenburg.

Die neue Heeresorganisation. Die neue Heeresorganisation ist in folgender Weise gedacht: Deutschland wird in eine Reihe von Wehrbezirken eingeteilt, etwa so, daß Baden und Württemberg einen Bezirk, Sachsen zwei, Bayern drei und Preußen die entsprechend größere Anzahl von Wehrbezirken erhält. Für jeden Bezirk stellt der Reichspräsident den kommandierenden General auf Vorschlag der betreffenden Landesregierung. Dieser kommandierende General ernennet Offiziere bis zum Hauptmann herab. Dadurch wird die gesamte Organisation der deutschen Wehrmacht einheitlich in die Hände des Reichspräsidenten gelegt. Neben der Vereinfachung des Heereswesens ist die im Staatenausschuß erzielte Einigung über das Verkehrsweisen besonders bedeutsam. Die preussisch-hessische Eisenbahnverwaltung geht ebenso wie die bairische und württembergische vertragsgemäß auf die Reichsverwaltung über. Die Staaten werden für die Vergabe ihrer Verkehrsmittel abgefunden werden.

Lettow-Vorbeck über die Stärke seiner Truppe. Der Haager Korrespondent der „Adin. Ztg.“ legte dem Kommandeur der Ostafrikaner, General v. Lettow-Vorbeck, einige Fragen vor, in erster Linie über die von den Gegnern fortwährend übertriebene Stärke der deutschen Truppe. Der General machte folgende Angaben: Durch die weißen Einwohner verstärkt, dürfte die Schutztruppe an Weissen zur Zeit ihrer höchsten Stärke im besten Falle 3000 Köpfe gezählt haben, während die Askaris es niemals über 15000 brachten. Zu allererst waren es noch 160 Europäer und 1200 Askaris. Die Gegner hatten die Legende verbreitet, die Deutschen hätten Eingeborene in den Trägerdienst gepreßt. General v. Lettow-Vorbeck kann in der bündigsten Weise die Unwahrheit dieser Behauptung nachweisen. Ueber die Haltung der Eingeborenen äußerte sich auch Dr. Schner in der günstigsten Weise. Auch nach dem Ende des Krieges waren sie der deutschen Herrschaft anhänglich geblieben.

Der Streik in Berlin. Die Druckerei der „Roten Fahne“ ist in der Nacht zum Dienstag ohne Kampf von Regierungstruppen besetzt worden. Gegen 1 Uhr nachts drangen Regierungstruppen in die in der Könnigsgräber Straße gelegenen Druckerräume des genannten Blattes ein und forderben die Arbeiter auf, die Räume zu verlassen, da die Zeitung verboten sei. Die Angestellten fügten sich der Aufforderung ohne jeden Widerstand. Das Haus wurde von Truppen stark besetzt. Große Plünderungen sind bereits gemeldet worden. Bis Dienstag früh waren Meldungen von 32 Revieren auf den Kommandos der Schutzmannschaft eingelaufen, die von der Menge gestürmt worden waren. Drei Polizeioffiziere, die an verschiedenen Stellen beruhigend auf die Menge einzuwirken versuchten, wurden mißhandelt. In dem Hause Münzstraße 43 plünderte man einen Waffenladen. Besonders hatte man es aber auf die Goldwargengeschäfte in der Münz-, Alexander-, Schönhauser- und Brunnenstraße abgesehen, wo man große Mengen Schmuckstücke erbeutete. Die Menge, die meist aus mehreren hundert Personen bestand, und von Soldaten und Matrosen geführt wurde, hat mit der Erstürmung der Polizeireviere nicht viel erreicht, da sich auf jedem Revier nur 2 bis 4 Beamte befanden. Die übrigen hatten Straßendienst oder überwachten die Brotkommissionen. Das Polizeipräsidium sollte wiederholt besetzt werden, so in der Nacht um 2, um 4 und schließlich um 5 Uhr. Eine starke Wachmeisterabteilung sowie eine militärische Verstärkung sicherten aber das Gebäude gegen jeden Angriff. Sie sind mit allen modernen Kampfmitteln ausgerüstet, so daß irgend ein Erfolg des Böbels ausgeschlossen erscheint. Die Besatzung ist entschlossen, ihr Gebäude bis auf den letzten Mann zu halten, zumal auch nach dem Beschluß der Arbeiter- und Soldatenräte der Schutzmannschaft weiter ihren Dienst versehen soll und gegen Räuber und Verbrecher sowie gegen anderes lichtcheues Gesindel energisch vorgehen soll. Zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen Regierungstruppen und Böbel kam es Dienstag mittag auf dem Alexanderplatz. Dort hatte sich gegen 12 Uhr nach und nach eine große Menschenmenge angesammelt, die zum größten Teil aus lichtcheuem Gesindel und Spartakisten bestand.